

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Corona-HelferInnen ausbeuten ist letztklassig!

Will der für Personalangelegenheiten zuständige Landeshauptmann Stelzer tatsächlich das eigene Gehaltsgesetz brechen und um fast 700 Euro unter dem Mindestgehalt bezahlen? Sieht man sich die Stellenausschreibung für Krisenstab-MitarbeiterInnen auf der Webseite des Landes Oberösterreich an, liegt dieser Verdacht nahe.

1100 Euro brutto will das Land Oberösterreich StudentInnen bezahlen, die als befristete Vertragsbedienstete im Krisenstab beim Contact-Tracing und bei der Organisation von Testungen helfen sollen. „Das sind ausbeuterische Methoden, die absolut letztklassig sind“, kann der Landesvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Andreas Stangl, über das von Landeshauptmann Stelzer offenbar tolerierte Lohndumping nur den Kopf schütteln.

**Wien handelt richtig,
OÖ betreibt Lohndumping**

Während in Wien gesetzeskonform 1831 Euro brutto bezahlt werden, will Oberösterreich offenbar das eigene Gehaltsgesetz brechen und um exakt 685,50 Euro unter dem absoluten Mindestgehalt für Vertragsbedienstete des Landes entlohnen. Bei wirklich korrekter Einstufung müssten sogar etwa 1900 Euro bezahlt werden.

„Gesetze einhalten und Menschen vernünftig bezahlen“

„Ein Affront der ganz üblen Sorte“, ist für Stangl auch die Tatsache, dass Stelzer in dem Inserat ankündigen lässt, dass bei Wochenend-, Abend- und Feiertagsdiensten bis zu 1500 Euro brutto zu verdienen seien. Selbst das liegt noch deutlich unter dem Mindestgehalt. „Wenn das Land Oberösterreich unterstützendes Personal braucht, dann soll es auch die eigenen Gesetze einhalten und die Menschen vernünftig bezahlen“, sagt Stangl. ■

„Wer Personal braucht, muss es auch ordentlich bezahlen!“

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

